

Beschlussvorlage	Geschäftsbereich	Zentrale Dienstleistungen
	Ressort / Stadtbetrieb	Ressort 403 - Finanzen
	Bearbeiter/in Telefon (0202) Fax (0202) E-Mail	Helen Kexel +49 202 563 6841 +49 202 563 786841 helen.kexel@stadt.wuppertal.de
	Datum:	13.10.2021
	Drucks.-Nr.:	VO/1409/21 öffentlich
Sitzung am	Gremium	Beschlussqualität
09.11.2021	Ausschuss für Finanzen, Beteiligungssteuerung und Betriebsausschuss WAW	Empfehlung/Anhörung
11.11.2021	Hauptausschuss	Empfehlung/Anhörung
16.11.2021	Rat der Stadt Wuppertal	Entscheidung
Überplanmäßige Ausgabe - Unterstützende Mitarbeit im Ressort Zuwanderung und Integration		

Grund der Vorlage

Genehmigung überplanmäßiger Aufwendungen gemäß § 83 (2) GO NRW in Verbindung mit der Zuständigkeitsordnung für die Beschäftigung von Personal über ein Dienstleistungsunternehmen.

Beschlussvorschlag

Der Rat der Stadt genehmigt im Ergebnishaushalt 2021 eine überplanmäßige Ausgabe in Höhe von 830.000 € für die Beschäftigung von Personal über ein Dienstleistungsunternehmen.

Einverständnisse

entfällt

Unterschrift

Dr. Slawig

Dr. Kühn

Begründung

Die Stadt Wuppertal beschäftigt zur Aufgabenwahrnehmung unter anderem im Ressort Zuwanderung und Integration (R 204) Helfer*innen für die Sachbearbeitung aus Personaldienstleistungsunternehmen. Hintergrund ist der Umstand, dass bei R 204 einige Stellen seit längerem unbesetzt sind.

Der seit 2015 bestehende Personalmangel aufgrund von unbesetzten Stellen innerhalb der Ausländerbehörde (ABH) hat gravierende Konsequenzen für das dortige Leistungsangebot. Diese Folgen haben sich negativ auf grundlegende aufenthaltsrechtliche Fragen ausgewirkt. Um dieser – insbesondere für die Kundinnen und Kunden der ABH – unzufrieden stellenden (und rechtlich nicht haltbare) Situation zu begegnen, wurde der dringende Einsatz geeigneten städtischen Personals angefragt.

Da dieser Weg nicht zum angestrebten Erfolg geführt hat, war der Einsatz nicht-städtischen Personals zu prüfen. Durch ein Personaldienstleistungsunternehmen konnten Kolleginnen und Kollegen gefunden werden, die die Arbeitsprozesse innerhalb der ABH kurzfristig deutlich entlasten konnten. Ein Teil dieser Unterstützungskräfte wurde zwischenzeitlich in ein städtisches Arbeitsverhältnis übernommen.

Weiterhin hat sich der Arbeitsaufwand in den letzten Jahren deutlich erhöht. Aufgrund der Fallgruppenverschiebungen und -erhöhungen muss in rund 60 % aller Fälle der Aufenthaltsstatus in deutlich kürzeren Abständen geprüft werden.

Die Bezahlung der Mitarbeitenden erfolgt über das entsprechende Unternehmen nach geleisteten Arbeitsstunden und wird dem Ressort 204 monatlich in Rechnung gestellt. Das Unternehmen ist an die tarifvertraglichen Vereinbarungen gebunden.

In der vergangenen Haushaltsplanung konnte zum Planungszeitpunkt der zusätzliche Mehrbedarf nicht berücksichtigt werden.

Zur Begleichung der Rechnungen bis zum Jahresende 2021 werden nun überplanmäßig Mittel in Höhe von 830.000 € benötigt.

Klimacheck

Hat das Vorhaben eine langfristige Auswirkung auf den Klimaschutz und/oder die Klimafolgenanpassung?

neutral /nein

ja, positive Auswirkungen

ja, negative Auswirkungen

Begründung:

Die überplanmäßige Mittelbereitstellung hat keine Auswirkungen auf den Klimaschutz.

Kosten und Finanzierung

Die Mittel in Höhe von 830.000 € werden überplanmäßig zur Begleichung der Kosten für Personal von einem Dienstleistungsunternehmen benötigt.

Zeitplan

entfällt